Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Dresden 2640

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich M., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich M., auf dem Lande M., durch die Post bezogen vierteljährlich M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Inseratenpreis M. für die 6 gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Reklamen, die 3 spaltige Korpuszeile M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 gespaltene Korpuszeile M. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 28 — Donnerstag den 2. Februar 1922. — 81. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Infolge Verschiebung der Konferenz der Außenminister rechnet man mit einem Aufschub der Konferenz in Genua, die wahrscheinlich erst nach Ostern zusammentreten wird.

* Der Finanzminister will einen Gesetzentwurf einbringen, durch den er ermächtigt wird, Wirtschaftsbeihilfen für Beamten in besonders teueren Orten auszuzahlen.

* Die Reparationskommission hat den alliierten Regierungen die Denkschrift des deutschen Reichskanzlers übermittelt, ohne dabei ein Urteil über den Wert der deutschen Vorschläge zu äußern.

* Japan hat die Vorschläge über die Befestigungen im Pazifischen Ozean angenommen.

* Der Dollar wurde an der Berliner Dienstagsbörse mit 200,90 Mark bewertet.

Anleihepläne.

Die Zwangsanleihe wird kommen, das unterliegt keinem Zweifel mehr. Denn Regierung und Reichstagsmehrheit haben sich feierlich auf sie festgelegt, und auch der Entente gegenüber hat der Reichskanzler die Verpflichtung übernommen, den Versuch zu machen, auf diesem Wege die Leistungsfähigkeit Deutschlands zur Erfüllung seiner Schuldverpflichtungen zu erhöhen. Aber wer geglaubt hat, die Zwangsanleihe werde die Möglichkeit einer freiwilligen inneren Geldaufnahme des Reiches ausschließen, der hat die nahezu verzweifelte Lage unserer Staatsfinanzen doch noch immer nicht genügend ernst eingeschätzt. Reichsfinanzminister Hermes hat jedenfalls die Gelegenheit seiner Etatsrede im Reichstag dazu benutzt, um dem Volke in dieser Beziehung jede Illusion zu nehmen. Nicht Zwangsanleihe oder freiwillige Anleihe, sondern Zwangsanleihe und freiwillige Anleihe heißt die Parole. Denn mit der einen Goldmilliarde, die im Zwangswege auf den Besitz gelegt werden soll, können wir nicht einmal den Wiederherstellungshaushalt ins Gleichgewicht bringen. Deshalb werden wir auch versuchen, versuchen müssen, an die Freiwilligkeit der Geldbesitzer zu appellieren. Nicht heute und nicht morgen, sondern erst, wenn das Vertrauen an die Festigkeit des Reiches wieder hergestellt und die äußeren Lasten auf ein erträgliches Maß zurückgeführt sind, sagt Dr. Hermes, denn sonst erleben wir abermals einen Mißerfolg, wie bei der Sparprämienanleihe.

Freilich, Zeitpunkt und Ort der freiwilligen Anleihe schweben eben noch so im Dunkeln wie alle näheren Bestimmungen über die Zwangsanleihe. Im Grunde ist, was diese betrifft, noch gar nichts näher ausgemacht, als nur das eine, daß sie für die ersten drei Jahre überhaupt nicht und später nur gering verzinst werden und daß erst von einer bestimmten Vermögenshöhe ab zugegriffen werden soll. Natürlich werden hier schon vermutungsweise die verschiedensten Summen genannt. Man spricht von einer unteren Grenze von 100 000 Mark, die frei bleiben soll. Man glaubt weiter, daß für die Veranlagung kein neuerer Stichtag als der 31. Dezember 1919, der Tag für die Veranlagung des Reichsnotopfers, in Betracht kommen kann, weil damals der Vermögensbestand im Reiche zum letztenmal aufgenommen worden ist. Bis zur nächsten, durch die neuen Vermögenssteuer bedingten Bestandsaufnahme zu warten, geht nicht an, weil das Reich so lange auf die Einzahlungen nicht warten kann, die die Zwangsanleihe ihm bringen soll. Und wenn es auch sicher ist, daß seit dem genannten Stichtag sich abermals sehr erhebliche Vermögensverschiebungen vollzogen haben, so muß man deren Erfassung doch notgedrungen der Zukunft überlassen, wenn anders nicht die Steuerbehörde vor Aufgaben gestellt werden soll, denen sie unmöglich gewachsen sein kann. Auch die freiwillige Anleihe, mit der für absehbare Zeit gerechnet wird, schwebt vorläufig noch sozusagen völlig in der Luft. Von der Kredithilfe der Industrie, die Ende des vorigen Jahres so sehr viel von sich reden machte, ist es mittlerweile stiller und stiller geworden. Weiß doch auch niemand, wie weit seine Opferwilligkeit und Opferfähigkeit für Staat und — Entente in naher oder ferner Zeit in Anspruch genommen werden wird. Es heißt, daß die Produktionsstände von weitergehenden Plänen, die sie früher verfolgten, Abstand nehmen und erst einmal abwarten wollen, was geschehen wird. Schon hört man, daß in den Kreisen der Industrien arge Verwunderung über die Reichstagsankündigung des Finanzministers herrscht. Man rechnet in diesen Kreisen mit einer großen Geldknappheit im Frühjahr, da um diese Zeit doch schließlich einmal die Sachleistungen beginnen müssen, und kann sich keine rechte Vorstellung davon machen, woher daneben noch die Mittel für eine freiwillige Anleihe fließen sollen, zumal ja mittlerweile auch die endlich veranlagten Einkommensteuerbeträge zur Einziehung gelangen. Und wenn in der Presse hier und da davon die Rede ist, daß die innere Anleihe bei den ersten Kapitalgruppen Deutschlands möglich gemacht werden solle, also bei Industrie und Banken, bei Handel und Landwirtschaft, so sind solche Prophezeiungen natürlich ungemein billig. Wer aber dazu berufen wäre, sie in die Wirklichkeit überzuführen, würde doch wohl bald erkennen müssen, daß schließlich auch die Geldflüssigkeit unserer produktiven Stände ihre Grenzen hat.

Kurzum, reden und schreiben über die Deckungsmöglichkeiten für den ungeheuren Geldbedarf des Reiches läßt sich gewiß mehr, als man verantworten kann. Zu bedauern sind nur die armen Finanzkünstler, die von auslands- und inlandswegen dazu verurteilt sind, aus Häcksel Gold zu machen.

Regierung und Eisenbahner.

Keine Verhandlungen mit streikenden Beamten.

In der neuen Krisis im Verkehrswesen, die durch die Streikpläne der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner hervorgerufen ist, nimmt die Regierung den Standpunkt ein, daß Beamte unter keinen Umständen das Recht zum Streik haben. Darum will auch die Regierung mit streikenden Beamten auf keinen Fall in Verhandlungen eintreten. Vielmehr soll gegebenenfalls versucht werden, durch Beamte anderer Kategorien die eventuell den Dienst verweigernden Lokomotivführer und sonstigen Zugbeamten zu ersetzen. Das Kabinett äußerte sich in voller Einstimmigkeit dahin, daß „die innere und äußere Lage unseres Landes nicht duldet, daß von verantwortungsloser Seite durch Lahmlegung des Eisenbahnverkehrs die Hand an die Gurgel des Staates gelegt wird." Die Regierung will deshalb mit äußerster Energie gegen solche Bestrebungen vorgehen. Gegen die Streikleitung der Reichsgewerkschaft erhebt sich auch

in ihren eigenen Reihen Widerspruch.

Die Gruppe der Oberbeamten ist schon vor einiger Zeit aus der Gewerkschaft ausgetreten, weil sie, wie amtlich erklärt wird, keine Lust hatte, die unverkennbare Radikalisierung mitzumachen. Auch der bayerische Verkehrsbeamtenverein hat seinen Austritt vollzogen. Die Regierung weist besonders darauf hin, daß der Streikbeschluß sachlich unbegründet sei, da die Reichsregierung sich zur Aufrollung der gesamten Besoldungsfrage bereit erklärt habe. Ferner will der Finanzminister einen Gesetzentwurf einbringen über die Frage der Wirtschaftsbeihilfen an Beamte in Orten mit schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen. Das ist für die Eisenbahnbeamtenschaft umso bedeutungsvoller, als hinsichtlich der Höhe der Wirtschaftsbeihilfen für die Eisenbahnarbeiter im Industriegebiet und im größten Teil des besetzten Gebietes bereits eine Einigung mit der Verwaltung erzielt ist und als die Erledigung auch für den Rest des Reichsgebietes in allernächster Zeit in Aussicht steht.

Die Eisenbahndirektionspräsidenten haben vom Verkehrsminister den Auftrag erhalten, durchaus selbständig alle Mittel anzuwenden, um den Verkehr, so gut es geht, aufrechtzuerhalten. Einmischung von Streikenden in irgendwelche Betriebe soll keinesfalls geduldet werden. Beim letzten wilden Eisenbahnarbeiterstreik in Dresden war die Weisung des Verkehrsministers, keine Verhandlungen zu führen, bekanntlich nicht befolgt worden.

Der Streik von der Reichsgewerkschaft beschlossen.

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 1. Febr. Die widerstrebendsten Meldungen wurden heute Vormittag über den Eisenbahnerstreik verbreitet. Wie die Telegraphenunion aus zuverlässiger Quelle erfahren hat, hat die Reichsgewerkschaft heute früh um 5 Uhr beschlossen, um 12 Uhr mittags alle bis dahin erreichbaren Direktionsbezirke still zu legen. Die allgemeine Streikparole ist bereits ausgegeben worden, und vorher nicht erreichbare Eisenbahnbedienstete werden spätestens heute Nacht in den Ausstand treten. Die durch die Erklärung des Streiks geschaffene Lage ist bis zur Stunde außerordentlich undurchsichtig. Die übrigen Eisenbahnerorganisationen stehen der Streikparole durchaus ablehnend gegenüber. Die gemäßigten Elemente unter den Eisenbahngewerkschaftlern geben der Hoffnung Ausdruck, daß auch diese mit allen Mitteln eingeleitete Bewegung sich schnell totlaufen wird. Wie uns von einem gut unterrichteten Gewerkschaftsführer einer anderen Eisenbahnerorganisation mitgeteilt wird, dürfte der Streik nur sehr kurze Zeit dauern und eine vollständige Einstellung des Betriebes nicht herbeiführen.

Die Haltung der bayrischen Eisenbahner.

München, 1. Febr. (tu.) In Bayern macht sich unter dem Eisenbahnpersonal keinerlei Bewegung für einen Eintritt in den Streik geltend. Das Personal bewahrt auch dieses Mal volle Besonnenheit, Ruhe und Ueberlegung, es mißbilligt entschieden das Vorgehen der Reichsgewerkschaft und denkt nicht an den Streik. Die Eisenbahnerorganisationen haben sich bisher, soweit bekannt, nicht einmal veranlaßt gesehen, in Versammlungen zu den Berliner Vorgängen und zum Streik Stellung zu nehmen. Jedenfalls wird sich das bayrische Eisenbahnerpersonal durch die in Berlin gefaßten Streikbeschlüsse in der Freiheit seiner Entschließungen nicht beeinflussen lassen.

Arbeitsgerichte.

Schleuniges und billiges Verfahren.

Im Reichsarbeitsministerium ist der Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes fertiggestellt worden. Er soll in kürzester Zeit mit den Vertretern der Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer beraten werden.

Nach dem Vorbild der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte will der Entwurf einheitliche Arbeitsgerichte nach dem Vorbild der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte einrichten und die Vorzüge eines schleunigen und billigen Verfahrens unter paritätischer Heranziehung von Laienbeisitzern allen Arbeitnehmern zugänglich machen. Im Interesse der Rechtseinheit und der zweckmäßigen Ausnutzung vorhandener Einrichtungen sollen die neuen Arbeitsgerichte mit den ordentlichen Gerichten in eine organische Verbindung treten, bei der die erforderlichen sozialen Bürgschaften gesichert sind. Hierdurch soll zugleich erreicht werden, daß die ordentlichen Gerichte, anstatt durch Abtretung großer wichtiger Rechtsgebiete zu verkümmern, auch auf ihren sonstigen Tätigkeitsgebieten unter dem Einfluß der Beschäftigung mit sozialen Fragen in enger Fühlungnahme mit sachkundigen Laien stehen.

Durch die im Entwurf vorgesehene Übernahme der Vorsitzenden der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte als Vorsitzende der neuen Arbeitsgerichte soll ihre in langjähriger Praxis gewonnene Erfahrung nicht nur für die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte, sondern auch für die Heranbildung eines Stammes jüngerer Juristen, die künftig zu Vorsitzenden von Arbeitsgerichten berufen werden, nutzbar gemacht werden.

Polnische Vorbereitungen in Oberschlesien.

Schwierige Justizfragen.

Die deutschpolnischen Wirtschaftsverhandlungen werden voraussichtlich Ende Februar beendet sein, und dann wird der Vertrag binnen zwei Wochen dem Reichstag und dem Warschauer Sejm zur Ratifikation vorgelegt. Nach Austausch der Ratifikationsurkunden beginnen dann die im Genfer Entscheid bestimmten Fristen zu laufen. Nach § 6 der Anlage zum Artikel 88 müssen die polnischen Behörden im Laufe eines Monats die Verwaltung des an Polen abgetretenen Gebietes übernehmen. Die Polen haben inzwischen umfangreiche Vorbereitungen für diese Übernahme der Verwaltung getroffen. Durch Beschluß des Warschauer Kabinetts ist in Warschau ein Departement für oberschlesische Angelegenheiten eingerichtet worden, das in eine Abteilung für Bergbau und eine Abteilung für Handels- und Industriefragen zerfällt. Von polnischer Seite sind umfassende Pläne in bezug auf den Ausbau von Wasserstraßen in Vorbereitung, zu denen man bis zu 60 Prozent ausländisches Kapital heranziehen will. Die deutsche Sozialgesetzgebung, so zum Beispiel das Betriebsrätegesetz, soll im polnisch werdenden Teil Oberschlesiens erhalten bleiben.

Große Schwierigkeiten bereitet den Polen die Übernahme der Justizverwaltung. Hier ist namentlich ein sehr fühlbarer Richtermangel zu spüren. Es sollen 60 Richter aus Kongreßpolen, 20 aus Posen und Pommerellen nach Oberschlesien versetzt werden. Ferner will man Rechtsanwälte mit kommissarischen Richterstellen betrauen. — Die deutsche Regierung wird in Kattowitz ein deutsches Konsulat errichten. Im deutsch verbleibenden Teil Oberschlesiens werden vor allem Gleiwitz und Hindenburg fortan eine besondere Rolle spielen. Hindenburg soll in allernächster Zeit Stadt werden.

Politische Rundschau.

Steuern und Koalition.

Nach dem Abschluß des Steuerkompromisses plant das Parlament, die Verabschiedung der Steuervorlagen im Reichstage in der ersten Februarhälfte durchzuführen. Ob die Deutsche Volkspartei allen Steuerplänen zustimmen wird, ist noch eine offene Frage. Eine Beteiligung der Deutschen Volkspartei an der Regierung ist zunächst nicht beabsichtigt, die Partei will erst die weitere Entwicklung der Dinge abwarten und sich vorläufig freie Hand bewahren. Möglich ist, daß die Demokraten wieder durch Rathenau als Außenminister im Kabinett vertreten werden. Ferner soll der Kanzler den Wunsch hegen, den Posten des Finanzministers einem Volksparteiler anzubieten.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF